

Handelspolitik und Krieg.

Gespräche in Deutschland und Oesterreich.

VII. (Schluß)*

Die Möglichkeiten des deutschen Entgegenkommens. —
Wirtschaftsbündnis und Handelspolitik mit Dritten. —
Deutschlands Lage und Lebensgesetz. — Deutschland und
England.

A. F. Oesterreich-Ungarn, so hatten wir geschlossen, muß sich darüber klar werden, was es will, und Deutschland darüber, was es kann. Diese Reihenfolge schließt natürlich nicht aus, daß man sich über alles das, über die reinpolitische Vorfrage sowohl wie über das wirtschaftspolitische Wollen und Können auf beiden Seiten, gemeinsam unterhalte. Und tatsächlich hat man ja damit jetzt auch begonnen, in den Ausgleichsverhandlungen zwischen Oesterreich und Ungarn, die diesmal, als erste Voraussetzung jeder Abmachung zwischen Deutschland und dem Donaureiche, einen langfristigen Ausgleich von mindestens zwanzig Jahren statt der sonst üblichen zehn zum Ziele haben, sowie in den nebenher laufenden Besprechungen zwischen Berlin und Wien-Budapest. Aber sachlich bleibt die Reihenfolge wichtig, weil man bei uns erst sehen muß, welche Konsequenzen nun die Regierungen in Oesterreich und Ungarn aus den sehr auseinandergehenden Wünschen, Meinungen und Befürchtungen im eigenen Reiche ziehen wollen, bevor Deutschland sich einigermaßen klar darüber werden kann, was es davon zu erfüllen imstande ist.

Wie weit diese Erfüllungsmöglichkeit für Deutschland geht, das ergibt sich grundsätzlich aus den Lebensbedingungen der deutschen Volkswirtschaft, wie wir sie in unseren ersten Artikeln geschildert haben. Deutschland braucht auch nach dem Kriege die Welt. Dieses freie Weltreich der Arbeit zum Ein- und Verkauf kann uns Oesterreich-Ungarn nicht ersetzen, und auch der Balkan, zu dem es uns die Brücke bildet, kann es nicht. Wir haben, um noch einmal die Ziffern sprechen zu lassen, im letzten Friedensjahre nach Oesterreich-Ungarn nur 10.9 Prozent unserer Gesamtausfuhr exportiert, von unserer Ausfuhr an Fertigfabrikaten sogar nur knapp 9 Prozent, weniger sogar als nach Rußland; und die Balkanländer figurieren in der Liste unserer Käufer mit sehr geringfügigen Beträgen, nach der Türkei gingen 1 Prozent, nach Bulgarien 0.3 Prozent, nach Griechenland 0.2 Prozent, nach Rumänien 1.4 Prozent unserer Ausfuhr. Mit der Einfuhr steht es nicht wesentlich anders. Der Südoften kann uns heute weder die Waren liefern, die wir nötig haben, noch uns die Waren abnehmen, die wir absetzen müssen; die Entwicklungsmöglichkeiten der Zukunft aber, die gewiß vorhanden sind, liegen fern und werden uns in absehbarer Zeit viel eher Aufgaben für Kapital und Menschen als Früchte bringen. Wir brauchen die Welt, wie sie zum Glück auch unseren kaufkräftigen Markt und unsere hochqualifizierte Arbeit braucht. Und deshalb, wie wiederholen es, heißt unser handelspolitisches Kriegsziel, wenn wir es in diesem Studium der Dinge einfach nach unseren Bedürfnissen formulieren: Gleichberechtigung, Meistbegünstigung und offene Tür. Wir brauchen keine Bevorzugung, wenn wir nur in wichtigen Teilen der Erde nicht benachteiligt werden; wir brauchen keine reservierten Interessensphären, wenn es uns im Friedensvertrage gelingt, die Tür überall offen zu halten und sie dort öffnen, wo sie bisher, wie z. B. in den französischen Kolonien, halb oder zu drei Vierteln geschlossen war. Daraus aber folgt: wir können mit Oesterreich-Ungarn, wenn die politische Vorfrage gelöst ist, handelspolitisch alles das, aber auch nur das vereinbaren, was uns die Meistbegünstigung in den handelspolitischen Verhandlungen mit Dritten (vorausgesetzt, daß wir sie sonst urheben können) nicht zerstört.

Wie viel oder wie wenig das sein kann, darüber ist ein vorläufiges Urteil nicht möglich. Denn das entscheidet sich nicht nach Theorien, die in den Lehrbüchern stehen, sondern nach den tatsächlichen Interessen der anderen, nach der Gesamtsicht der Unterhändler, nach dem Schwergewicht dessen, was man selbst in die Waagschale zu werfen hat, und jetzt noch nach der Gesamtlage in der Welt bei Friedensaufbau. Es gibt Praktiker der Handelspolitik, die in dieser Sicht sehr zuversichtlich urteilen, besonders in Oesterreich. Sie rechnen, daß die handelspolitische Lösung der beiden Mittelmächte nach außen bedeutend werde, wenn sie bei Verhandlungen mit Dritten als stilles, geschlossenes Kabinett mit einer Bevölkerungs-

zahl von 120 Millionen Menschen auftreten; wobei sie freilich zugeben, daß bei der viel geringeren Kaufkraft Oesterreich-Ungarns die handelspolitische Stärke Deutschlands durch eine Zusammenlegung nicht einfach im Verhältnis der Bevölkerungszahlen wachse und daß auch das Maß der Einseitigkeit möglicherweise gerade auf österreichisch-ungarischen Wunsch durch Zollzuschläge und ähnliches sehr beeinträchtigt werden könnte. Und sie rechnen ferner, daß durch binnenstaatliche Zollerleichterungen und Zollbeseitigungen, die sich die beiden Mittelmächte gegenseitig einräumen würden, ohne daß — denn dies ist ja der springende Punkt — diese besonderen Erleichterungen durch die allgemeine Meistbegünstigung allen anderen gleichmäßig mit eingeräumt werden, die Interessen Dritter nicht allzusehr betroffen werden, zumal man sich ja, wenn man schon noch Zwischenzölle beibehalte, bei den einzelnen Zollpositionen und Zollsätzen darauf einrichten könne, solche Interessen möglichst zu schonen. Das, was das deutsche Wirtschaftsinteresse an solchen Bevorzugungen so gering macht, nämlich daß Deutschland dadurch nur herzlich wenig fremde Einfuhr in Oesterreich-Ungarn verdrängen könnte — gerade das beweise auf der anderen Seite, wie wenig die anderen davon zu fürchten hätten. Ueber das Interesse speziell der Neutralen hat die Reichsberger Handels- und Gewerkekammer eine Berechnung angestellt, deren Ergebnis etwa folgendes ist:

Die Gesamteinfuhr nach Oesterreich-Ungarn in solchen zollpflichtigen Waren, die sowohl aus dem Deutschen Reiche, wie aus den neutralen Staaten kommen, betrug unter Begünstigung der Einfuhren unter 300 000 Kr. im Jahre 1913 rund 448 Millionen Kr., wovon 310 Mill. auf Deutschland, 138 Mill. auf 17 neutrale Lieferanten fallen. Scheidet man jene Herkunft, aus deren Ersatz durch Deutschland unmöglich ist, so bleiben als Bereich der Konkurrenz zwischen Deutschland und den neutralen Staaten höchstens 128 Mill. Kr., woran zehn neutrale Gebiete beteiligt sind, in erster Linie die Vereinigten Staaten mit 29 und die Schweiz mit 46 Mill. Kr., beides Summen, die in dem Gesamt-Außenhandel der beiden Länder keine besondere Rolle spielen und deshalb keinen Anlaß zu handelspolitischen Feindseligkeiten geben dürften. Die Einfuhr zollpflichtiger Güter, die sowohl von Neutralen, als auch von Oesterreich-Ungarn nach Deutschland gebracht werden, betrug (ebenfalls unter Begünstigung der Einfuhren unter 300 000 Kr.) rund 1452 Mill. Kr., woran Oesterreich-Ungarn mit 412 Mill., und 26 neutrale Lieferanten mit 1040 Mill. Kr. beteiligt sind, darunter die Union mit 292 Millionen. Auch dabei handle es sich in wichtigen Positionen nur scheinbar um eine Konkurrenz, weil z. B. die amerikanische Gerste, die amerikanischen Schmieröle, die Schweizer Baumwollgewebe und die amerikanischen Schuhwaren ganz andere Sorten darstellten als die von Oesterreich-Ungarn lieferbaren. Reichlich weitere 1½ Millionen der gleichen Waren kamen bisher aus den feindlichen Ländern.

Mithin, so rechnet man, werde das, was Deutschland und Oesterreich-Ungarn etwa unter einander vereinbaren, in der Hauptsache eben doch eine interne Angelegenheit der beiden Reiche sein, viel weniger auf eine Verdrängung Dritter, als auf den zwischenstaatlichen Ausgleich der beiden Verbündeten gerichtet. Bei den feindlichen Staaten müßte im Friedensvertrage ausgemacht werden, daß diese Vereinbarungen als eine Sache sui generis zu gelten hätten, wodurch die Meistbegünstigung im übrigen nicht tangiert werde. Und von den Neutralen erhofft man dann die gleiche Anerkennung um so mehr, als ja auch sonst schon in allen Teilen der Welt sehr zahlreiche Zolldifferenzierungen aus dem Prinzip der Nachbarschaft, wenn auch noch nicht zwischen zwei großen, selbstständigen Reichen, vorhanden sind und ohne Kampf, der immer beide Teile schädigt, anerkannt werden.

Zugeben aber müssen dann auch diese österreichischen Kenner, daß alle diese Fragen für Deutschland ungeheuer viel schwerer wiegen als für Oesterreich-Ungarn. Nicht nur, weil Deutschland gewiß nicht diejenigen Neutralen wird vor den Kopf stoßen wollen, die uns während des Krieges Verständnis für unsere Lage gezeigt haben. Deutschland hat ungeheuer viel größere weltwirtschaftliche Interessen zu verteidigen, die eine Einschränkung der Meistbegünstigung zu unseren Ungunsten in dritten Ländern nicht vertragen, und diese Interessen sind (das zeigen z. B. bei genauem Zusehen auch die obigen Ziffern der Reichsberger Kammer), sehr viel leichter durch Sonderabmachungen zu verletzen. Das gilt von allen Vereinbarungen über die zwischenstaatlichen Zollverhältnisse, bei denen die Frage, wie unsere anderen handelspolitischen Beziehungen dadurch berührt werden können, von Fall zu Fall aufs genaueste untersucht werden müßte. Und es gilt nicht minder für alle Abmachungen über ein gemeinsames handelspolitisches Auftreten nach außen. Sehr vieles ließe sich hier ohne alle Verträge erreichen, wenn bei Handelsvertrags-Verhandlungen mit Dritten die Unterhändler der beiden Bundesgenossen einfach bundesgenössisch kooperierten; die dadurch erreichten

*) Vergl. Erstes Morgenblatt vom 7., 10., 14., 19., 28. 26. ds. Mts.